



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.12 | Mai 2019



| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE

EUROPAWAHL

Für ein soziales und solidarisches Europa!

Die Europäische Union ist ein einmaliges Friedensprojekt. Ein Friedensprojekt, das nicht durch Nationalismus und Populismus zerstört werden darf. Frieden, Stabilität und Wohlstand müssen auf Dauer in Europa gesichert werden. Dafür müssen die europäischen Staaten enger zusammenrücken und Europa muss dabei mehr als ein großer Wirtschaftsraum sein bzw. Wirtschaftsraum werden wollen.

Ein soziales Europa braucht Vielfalt, Zusammenhalt und Solidarität. Eine gemeinsame Sozialwirtschaft ist für die Zukunft Europas ein herausragendes Ziel. Die Wahlen am 26.05.2019 sind wichtig zur Stärkung der Demokratie in Europa. Diese Wahlen finden aber auch statt in einer Zeit großer Veränderungen und Herausforderungen. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten in der EU sind groß.

Mehr als 118 Millionen Menschen sind von Armut bedroht.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Regionen, Ländern (Spanien, Griechenland, Italien) viel zu hoch.

Der Brexit zerrt nicht nur an den Nerven bzw. belastet die Lachmuskeln (TV-Übertragungen aus dem britischen Parlament). Der Brexit bedeutet auch - die EU verliert ein wichtiges Mitglied und eine starke Finanzkraft.

Durch das Erstarren von Nationalismus und Populismus in den Mitgliedsstaaten werden Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechte eingeschränkt. Eine Entwicklung, die die Grundwerte unserer Demokratie in der EU in Frage stellt. Etwas das lange als undenkbar schien.

Wir brauchen eine EU, die die Demokratie stärkt und eine starke Zivilgesellschaft als Grundlage hat. Dafür muss das europäische Parlament deutlich gestärkt werden. Zum Beispiel mit Initiativrechten für Gesetze, mit transnationalen Listen bei den Wahlen und grenzüberschreitenden Debatten von europäischen Ideen. Dies ist notwendig um nicht nur eine Idee von Europa zu haben sondern konkrete Vorstellungen von Europas Zukunft zu entwickeln. Wir brauchen eine Stärkung der Zivilgesellschaft, in dem soziale Verbände stärker in politische Prozesse einbezogen werden, damit Themen von Beschäftigung, Gesundheit, Verbraucherschutz und Sozialpolitik mit den Akteuren im Dialog erarbeitet werden können.

2017 hat die EU mit der Proklamation der europäischen Säule sozialer Rechte einen wichtigen Schritt zur Stärkung der sozialen Dimension zur Verwirklichung solidarischer und sozialer Rechte auf den Weg gebracht. Für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung von einem solidarischen Zusammenhalt in den Mitgliedsstaaten sind weniger Armut und mehr soziale Gerechtigkeit notwendig. Die Armutsbekämpfung muss daher Priorität in der EU bekommen. Neben Binnenmarkt und Wettbewerb muss den sozialen Grundrechten der gleiche Stellenwert eingeräumt werden. →



Das bedeutet im Einzelnen:

- Soziale Mindestsicherung in der EU einführen,
- Mindestlohnregelung in den Mitgliedsstaaten vereinbaren
- Die Vereinbarung von Beruf und Privatleben für Eltern und für Menschen die Pflege erbringen ermöglichen.
- Soziale Ziele der EU für die nächsten Jahre in der Beschäftigung und Armutsbekämpfung festlegen.
- Strategien der EU zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festlegen.
- Und ganz entscheidend, die europaweite Bekämpfung der Kinderarmut.
- Eine EU-weite Finanztransaktionssteuer mit deren Mittel der Ungleichheit in der EU entgegengewirkt werden können.

Chancengleichheit in der EU bedeutet Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen. Teilhabe von Menschen mit Behinderung gewährleisten. In der EU leben ca. 80 Millionen Menschen mit

Behinderungen. Die Alterssicherung und die Problematik der Erwerbsminderung als Aufgabe verstehen und die Sicherungssysteme in den Mitgliedsstaaten besser koordinieren. Es geht darum die Alterssicherung finanziell stabil zu sichern und sie armutsfest zu gestalten.

Es ist doch nicht hinnehmbar, dass 26 Menschen/Familien soviel Reichtum besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung mit 4,5 Milliarden Menschen zusammen. Ein Skandal der doch zum Handeln aufruft. Und darum brauchen wir ein Europa das gemeinsam für ein soziales und solidarisches Europa eintritt und zukunftsorientiert handelt. Dazu gehört auch ganz konkret bei dieser Wahl:

- Einsatz für die Fortsetzung der europäischen Jugendgarantie
- Der Einsatz für Investitionen in Bildung und Digitalisierung und zwar sozial und nachhaltig gestalten
- Und wir brauchen einen europäischen Klimaschutz

Wolfgang Baasch





Landespolitik

Misstände in der Paketbranche beseitigen!

Der Online-Handel boomt. Immer mehr Menschen bestellen Waren online und lassen sich ihre Bestellungen bequem direkt nach Hause bringen. Die Paketdienste verzeichnen dabei riesige Zuwächse. Der Paketmarkt hat in den letzten Jahren ein Umsatzplus von mehr als 30 Prozent erreicht. Das ist beeindruckend und für die Branche insgesamt gut. Aber für die Arbeit bei den Paketdiensten zeichnet sich eher eine negative Entwicklung ab. Hier müssen wir handeln – für gute Arbeitsbedingungen bei den Paketdiensten.

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass das Wachstum zu einem erheblichen Teil auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Prekäre Arbeitsbedingungen breiten sich immer mehr aus. Dadurch geraten aber auch die Unternehmen zunehmend unter Druck, die tarifgebunden sind. Davor dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Wir können es nicht länger hinnehmen, dass das starke Wachstum in der Paketbranche überwiegend über prekäre Arbeitsbedingungen stattfindet und tariflich und sozial geschützte Arbeitsplätze gefährdet. Es ist ein Skandal,

- wenn Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden täglich zur Realität in der Paketbranche gehören;
- wenn das Gesetz über den Mindestlohn missachtet wird,
- wenn illegale Beschäftigung und die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie Verstöße gegen wesentliche Vorschriften des Arbeitsschutzes immer und immer wieder an der Tagesordnung sind.

Die in der Branche üblichen langen Subunternehmerketten begünstigen dieses verantwortungslose Handeln von Unternehmern auch noch.

Darum kann und darf verantwortliche Politik hier nicht wegsehen, sondern muss handeln. Mit einem Entschließungsantrag des Bundesrates wurde die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Damit sollen die Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten gesichert sowie die Nachunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge in der Paketbranche eingeführt werden. Eine Initiative des Bundesrates, die dringend notwendig ist, damit auch in der Paketbranche faire Arbeit und fairer Wettbewerb nicht nur zusammengehören, sondern auch Realität werden.

Der nordrhein-westfälische Minister, Karl-Josef Laumann hat dies in der Bundesratsdebatte auch sehr präzise auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

„Im Kern geht es bei unserer Debatte heute genau um diesen Punkt. Faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu schaffen und Wildwuchs von Arbeitsverhältnissen, die den Gedanken der sozialen Marktwirtschaft widersprechen einzudämmen.“ Zitatende.

Und warum ist es nun notwendig, dass wir hier und heute im Landtag von Schleswig-Holstein über diesen Entschließungsantrag im Bundesrat diskutieren müssen? Das ist eigentlich schon der nächste Skandal, denn am 12. April 2019 hat die Jamaika-Koalition aus Schleswig-Holstein es nicht geschafft, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen.





Unsere schwarz-gelb-grüne Landes-regierung verschließt die Augen vor den Missständen in der Paketbranche – unfassbar. Wir sollten aber nicht länger die Augen verschließen, sondern die Arbeitnehmerrechte der Paketbotinnen und Paketboten umgehend stärken. Hierzu bedarf es einer angemessenen Entlohnung und der sozialen Absicherung – am besten durch Tarifverträge sowie einer umfassenden Dokumentationspflicht der Arbeitszeit. Denn nur wenn die geleistete Arbeitszeit erfasst und vergütet wird, gibt es einen fairen Wettbewerb. Die vollständige Erfassung der Arbeitszeit wurde nun auch vom EuGH angemahnt, was wir sehr begrüßen.

Und mit der Nachunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge stärken wir die Sozialsysteme und verringern die Zahl der Aufstocker in der Paketbranche.

Ich kann nicht verstehen, warum die Schleswig-Holsteinische Jamaika-Regierung diesen überzeugenden Argumenten nicht folgen kann. Und noch viel weniger Verständnis habe ich für ihren Antrag.

„Diese Kompromisslösung zwischen ihren drei Parteien ist nur weiße Salbe und ändert gar nichts an den Missständen.“

Ich bin froh, dass unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sich dem Thema annimmt und hier gesetzliche Regelungen bald vorlegen wird. Ich bin auch froh, dass die CDU-Bundesfraktion vernünftiger sein will als sie hier im Landtag.

Wolfgang Baasch



Missstände in der Paketbranche beseitigen.



Wolfgang Baasch, MdL und Mitarbeiterin Sandra Odendahl (nicht im Bild) beim Fachtag zum Thema Flucht und Integration der AWO Schleswig-Holstein

Fachtag Flucht und Integration –
Pressemitteilung der AWO Schleswig-
Holstein im Original:

Rund 170 Gäste beim Fachtag zum Thema Flucht und Integration

*Zum 100. Jubiläum der AWO –
Politiker*innen und Expert*innen
diskutieren im Kieler Landtag über
Chancen und Herausforderungen von
Zuwanderung und Migration.*

Kiel. „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, das war lange Zeit ein Wahlkampfslogan in der Bundesrepublik. Auch heute noch versteht sich die Bundesregierung, trotz jahrzehntelanger Zuwanderung, nicht als Einwanderungsland. Die Aufnahme von Zugewanderten und Geflüchteten wird über eine Vielzahl verschiedener, überwiegend restriktiver Regelungen gesteuert. Für viele Menschen führt der einzige Weg über das Asylverfahren.

AWO unterstützt Geflüchtete und Zuwanderer seit dem Jahr 1945

Die Arbeiterwohlfahrt wurde vor 100 Jahren gegründet und ist in Schleswig-Holstein seit dem Jahr 1945 in der Unterstützung von Geflüchteten und Zugewanderten aktiv. Ihr Jubiläum nutzt die AWO Schleswig-Holstein am Freitag, um im Rahmen des Fachtages „Loslassen? (R)einlassen? Zulassen!“ im Kieler Landtag mit Experten*innen und Politiker*innen über das Thema Flucht und Integration zu diskutieren. Im Zentrum der Tagung stehen weltweite Fluchtursachen, die aktuelle Situation von Zugewanderten und Geflüchteten in Schleswig-Holstein und die Herausforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Rund 170 Gäste hatten sich im Vorfeld zu der Veranstaltung angemeldet. Eine Ausstellung vor Ort führt zusätzlich durch die Geschichte der Migrationsarbeit der AWO in Schleswig-Holstein. „Seit nahezu 50 Jahren steht die Migrationssozialarbeit immer wieder vor der Herausforderung, sich den laufenden Veränderungen in der Gesellschaft und der Politik anpassen zu müssen“, sagt der AWO Landesvorsitzende Wolfgang Baasch am Freitag. →

Als Einrichtung des Landesverbands koordiniert und steuert heute AWO Interkulturell die Migrationsarbeit der AWO in Schleswig-Holstein und ergänzt das Beratungsangebot um die Betreuung Geflüchteter, Unterstützung ehrenamtlichen Engagements, das Angebot zertifizierter Deutschkurse sowie um Maßnahmen zur Demokratieförderung, gegen Rechts-Extremismus und Rassismus sowie zur Partizipation von Zugewanderten. Zurzeit arbeiten 210 Mitarbeitende an 32 Standorten in 11 Kreisen in Schleswig-Holstein.

„Immer mehr Menschen müssen weltweit fliehen“

Der schleswig-holsteinische Innenstaatssekretär Torsten Geerds lobte das Engagement der AWO in seinem Grußwort: „Statt sich selbst und das 100-jährige Jubiläum zu feiern, geht es der AWO heute in Form einer Fachtagung um andere Menschen. Um ernste Themen, wie Flucht, Integration und Einwanderung. Und das ist das, was die AWO auszeichnet: Sie kümmert sich um das Wohl anderer. Ein bewusstes Zeichen setzen wir als Landesregierung in dieser Beziehung mit dem

Landesaufnahmeprogramm. Wir werden insgesamt 500 besonders schutzbedürftige Menschen in unser Land holen und für sie eine Perspektive schaffen. Und auch bei diesem wichtigen Projekt ist die AWO mit dabei. Ich wünsche der Arbeiterwohlfahrt weiter viel Kraft für den Einsatz für andere. Wir als Land packen gerne mit an.“

Für die Fachvorträge konnte die AWO Dr. Roland Bank, Leiter der Rechtsabteilung vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), und den Migrationsforscher und Publizist Dr. Mark Terkessidis gewinnen. Dr. Roland Bank gibt einen Überblick über die weltweiten Fluchtbewegungen und –ursachen und den Schutz von Geflüchteten. „Immer mehr Menschen müssen weltweit fliehen und sie zu schützen wird zunehmend schwieriger. Umso wichtiger ist, dass Deutschland und Europa Verantwortung übernehmen – nicht nur mit Geld und politischer Unterstützung im Ausland, sondern auch durch aktiven Flüchtlingsschutz hierzulande. Asyl in Europa muss weiter zugänglich sein. Und es sollte mehr investiert werden, um Menschen aus prekären Situationen in Erstaufnahmeländern herauszuholen“, sagt Dr. Roland Bank. →



Dr. Roland Bank vom UNHCR beim Fachtag zum Thema Flucht und Integration der AWO Schleswig-Holstein

Loslassen? (R)einlassen? Zulassen!

Einen Überblick zur Situation in Schleswig-Holstein geben Stefan Schmidt, Beauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein per Telefoninterview und Michael Treiber, Leiter von AWO Interkulturell. „Loslassen müssen nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, sondern auch diejenigen, die hier leben! (R)einlassen ist längst keine Frage mehr von heutigen oder künftigen Entscheidungen, „Vielheit“ hat „Einheit“ schon lange abgelöst, wir sollten uns auf sie einlassen! Zulassen sollten wir Widersprüche, Schwierigkeiten und Herausforderungen, die Zuwanderung mit sich bringt – erst dann können wir sie konstruktiv gestalten“, fordert Treiber.

Doch wie wird ein Land wie Deutschland zum Einwanderungsland und welche Herausforderungen gibt es für eine gelungene Einwanderungsgesellschaft? Damit beschäftigt sich der Migrationsforscher und Autor Dr. Mark Terkessidis in seinem Vortrag und erklärt die Idee des Vielheitsplans. Er setzt auf Optimismus und Ausdauer: „Das Problem ist nicht die Nostalgie eines Teils der Bevölkerung, sondern die Schwäche der progressiven Visionen. Veränderung braucht Optimismus und einen langen Atem. Und die Bereitschaft zum Streit. Niemand hat gesagt, die Gesellschaft der Vielheit sei eine gemütliche Angelegenheit.“

Gäste kommen ins Gespräch mit Experten*innen und Politiker*innen

Im Anschluss an seinen Vortrag diskutierten die Gäste in der Gesprächsrunde „Auf einen Kaffee mit...“ an mehreren Tischen mit den Referenten, der SPD-Landesvorsitzenden Serpil Midyatli und Norbert Scharbach, Abteilungsleiter im Innenministerium Schleswig-Holstein, über die Themen Flucht

und Integration. Für die SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli steht dabei fest „Nach dem Vorbild von Kiel, Lübeck, Flensburg oder Sylt wünschen wir uns, dass noch mehr Kommunen zu Sicheren Häfen für Geflüchtete werden. Das Sterben im Mittelmeer muss ein Ende haben.“

Moderator Carsten Kock fasst schließlich die Ergebnisse der Diskussion zusammen. Am Ende steht für den AWO Vorsitzenden Wolfgang Baasch fest: „Dieser Tag hat einen sehr guten Einblick in das Thema Flucht und Integration gegeben und gezeigt, wie wichtig der Austausch der einzelnen Akteure ist. Die AWO engagiert sich seit vielen Jahrzehnten für Geflüchtete und Zugewanderte und wird es auch in den kommenden Jahrzehnten weiter tun.“

Mit freundlichen Grüßen

Kathrin Mansfeld –
Pressesprecherin

AWO Schleswig-Holstein gGmbH · Sibeliusweg 4 · 24109 Kiel



Dr. Mark Terkessidis beim Fachtag

Tag des Grundgesetzes

70 Jahre Grundgesetz – Erfolgsgeschichte unserer Demokratie

2019 ist das Jahr der deutschen Jubiläen. Als Sozialdemokraten ist uns das vielleicht bewusster als anderen, immerhin haben wir eine enge Verbindung zu wichtigen Marksteinen deutscher Geschichte: dem Beginn der Weimarer Republik 1918/19, die damalige Reichsverfassung, die die erste demokratische Verfassung Deutschlands war und das Frauenwahlrecht festschrieb oder zuletzt mit der friedlichen Revolution in der DDR 1989, die aus der Bürgerrechtsbewegung und der Sozialdemokratie in der DDR kam und nicht zuletzt auch durch Willy Brandts Ostpolitik erst möglich gemacht wurde.

Auch die Gründung der Bundesrepublik jährt sich 2019 zum 70. Male. Eng verbunden damit ist die Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das am 23.5.1949 verkündet wurde und am darauffolgenden Tag in Kraft trat. Heute ist dieser Tag, von offiziellen Feierstunden abgesehen, kaum mehr im öffentlichen Bewusstsein präsent. Das war früher anders: 1979 entschied Karl Carstens als Bundestagspräsident, die Wahl zum neuen Bundespräsidenten am Verfassungstage durchführen zu lassen – damit begründete er eine Tradition, die erst durch den vorzeitigen Rücktritt Horst Köhlers im Mai 2010 wieder unterbrochen wurde.

Auch wenn das Datum vielen vielleicht nicht mehr so wichtig scheint, lohnt es sich doch, daran zu erinnern. Die Verfassung, die aus „der Verschattung“ des Nationalsozialismus geboren wurde, war immer mehr als ein bloßer rechtlicher Rahmen für unser Land: "In dem

Maße, wie sie Leben gewann, wie aus bloßen Vorschriften kräftige Akteure und Aktionen hervorgingen, wie die Organe sich leibhaftig regten, die dort entworfen, wie wir selbst die Freiheiten gebrauchten, die dort gewährleistet waren, wie wir in und mit diesem Staat uns zu bewegen lernten, hat sich unmerklich ein neuer, ein zweiter Patriotismus ausgebildet." – so schrieb Dolf Sternberger schon 1979 und mahnte etwas an, das heute unverändert Gültigkeit besitzt: unsere tägliche, konstruktive Mitwirkung an ihr und damit vor allem: an unserer Gesellschaft. Das war für ihn der wahre Patriotismus, wie er durch das und in dem Grundgesetz begründet wurde.

Denn auch wenn das Grundgesetz zunächst als bloßes Provisorium konzipiert war, hatte es doch seine Lehren aus der Geschichte gezogen und formulierte von Beginn an einen moralischen Anspruch, der nicht nur ein erneutes Scheitern einer freiheitlich-demokratischen Republik verhindern sollte (Wehrhaftigkeit) sondern wesentliche Grundrechte für immer festschreiben wollte – und nicht zuletzt die Grundrechtsbindung von Staat und Gesetzgebung einforderte. Dies sollte nicht zuletzt das Verfassungsgericht garantieren – was es bis heute auch erfolgreich umsetzen konnte. Damit hat es erheblich zur Akzeptanz unserer Verfassung beigetragen und es ist auch heute noch sein Verdienst, dass fast alle politischen Akteure in unserem Land in der Verfassung einen Bezugrahmen sehen, den sie nicht verlassen wollen.

Thomas Rother



Werksbesuch am 13.05.2019

Besuch beim Klärwerk Lübeck – für die Zukunft gewappnet

Am 13. Mai 2019 stand wieder der Besuch eines Unternehmens in meinem Wahlkreis im Terminkalender. Mit seinen ca. 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählt die Stadtentwässerung als Teil der Entsorgungsbetriebe Lübeck zu den mittelständischen Unternehmen Lübecks. Im Gespräch mit dem Betriebsleiter Dr. Jan-Diek Verwey, Spartenleiter Enno Thyen und Ver.di-Vertreter Andreas Wübben erhielt ich einen Überblick über Kennzahlen, Aufgaben und zukünftige Herausforderungen des Werks. Anschließend erläuterte mir Enno Thyen Betrieb und Anlage des Zentralklärwerks.



Wie sich bei dem Gedankenaustausch mit MitarbeiterInnen zeigte, scheint das Unternehmen gut gerüstet für die Zukunft, was an seiner Familienfreundlichkeit und besonders an seiner eindrucksvollen Umweltbilanz liegt: Bei einer Überproduktion von eigenem Biogas ist das Klärwerk nicht nur Biostromproduzent, sondern reduziert auch CO₂.

Doch gibt es auch Herausforderungen zu meistern. So hat das Werk mit nur 13 Mitarbeiterinnen durchaus noch Potential, um den Frauenanteil zu erhöhen. Laut

Spartenleiter Thyen wird gemäß Frauenförderplan kontinuierlich versucht, den Frauenanteil im Unternehmen zu erhöhen. Doch Voraussetzung ist, dass sich auch Frauen für die technischen Berufen bewerben. Ein Appell, den ich als Ingenieurin nur unterstützen kann. Beim geäußerten Wunsch nach einer durchlässigeren Entgeltordnung wurde die Bedeutung der Gewerkschaften als Tarifpartner deutlich. In dem Gespräch wurde aber auch unterstrichen, wie wichtig eine flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung für die Belegschaft wäre. Diesen Wunsch an die Politik nehme ich gern mit nach Kiel.

Beim gemeinsamen Abschlussgespräch wurde dann noch einmal von allen Beteiligten die Bedeutung des Austauschs zwischen Belegschaft, Unternehmen und Politik unterstrichen.

Nur der stetige Gedankenaustausch ermöglicht wirksame Verbesserungen.

Mein besonderer Dank für die spannenden Einblicke gilt Andreas Wübben, für die Vermittlung des Kontakts, Herrn Enno Thyen für seine ausführlichen Erläuterungen und Herrn Dr. Jan-Dirk Verwey, dem Direktor der Entsorgungsbetriebe, für das Ermöglichen des Besuchs. Umso gespannter bin ich nun auf das nächste Unternehmen in meinem Wahlkreis.

Kerstin Metzner



Anreas Wüben, Kerstin Metzner, MdL und Enno Thyen (v.l.n.r) bei der gemeinsamen Werksbesichtigung

Fachtreffen Hafenpolitik am 24.04.2019

Die Zukunft unserer Häfen nachhaltig gestalten

Regelmäßig treffen sich die SPD-hafenpolitischen Sprecher aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bundesebene, um sich über die aktuelle Situation und anstehende Projekte in den Hafenregionen auszutauschen.


Am 24. April 2019 fand das diesjährige Treffen auf Einladung der schleswig-holsteinischen Hafensprecherin im Kieler Landeshaus statt. Die Themen reichten hierbei vom Hafenplanbeschleunigungsgesetz bis zu den Bauarbeiten am Nord-Ostsee-Kanal. Besonderer Fokus lag auf dem drohenden Brexit. Niedersachsens Häfen Cuxhaven, Emden und Wilhelmshaven werden Veränderungen spüren. Sie sind bedeutende Umschlagplätze nach Großbritannien. Der Aufgabenzuwachs wird vor allem beim Zoll liegen. In Hamburg hat man sich bereits jetzt mit rund 150 zusätzlichen Mitarbeitern für die zu erwartende steigende Zahl an Zollabfertigungen gerüstet. Die größte Herausforderung wird dabei für das digitale Zoll-Anmeldesystem bestehen.

Auf der Tagesordnung stand des Weiteren das geplante LNG-Terminal, für dessen Standort bisher Brunsbüttel, Stade oder Wilhelmshaven in Frage kommen. LNG bedeutet *Liquefied Natural Gas*, also durch starke Kühlung verflüssigtes Erdgas. Damit können die Schiffe nahezu emissionsfrei betrieben werden. Kritiker warnen vor dem möglichen Import von Fracking-Gas aus den USA. Auf Grund der Transportwege werden die Importe jedoch vorrangig aus anderen Staaten zu erwarten sein. Einig waren sich aber alle Anwesenden, dass LNG nur eine Brückentechnologie sein kann. 100% erneuerbare Energien, wie wir sie bereits in S-H haben, bleibt das Ziel der SPD.

Um das Thema Nachhaltigkeit noch weiter voran zu treiben und unsere Häfen fit für die Zukunft zu machen, sind neue Vorgaben für Klimaschutz und Umweltechnik zu erarbeiten. Vorrangiges Ziel ist hierbei die Verringerung von Emissionen, beispielsweise durch die Versorgung der Schiffe mit Landstrom. Noch ist die Versorgung mit Landstrom unverhältnismäßig teuer, unter anderem auf Grund der EEG-Umlage. Hier gilt es, günstigere Preisgefüge zu erwirken, z.B. über die angedachte CO2-Steuer.

Zu Ende gegangen ist das Fachpolitiker-Treffen mit dem klaren Ziel, auch weiterhin die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung der Hafenregionen der Nordländer im stetigen Austausch zu begleiten.

Kerstin Metzner



Hafen-Fachpolitiker: Matthias Arends, SPD-LT-Fraktion NDS, Dr. Joachim Seeler, SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, Thomas Hölck, Vorsitzender des AK Wirtschaft der SPD-LT-Fraktion S-H, Kerstin Metzner hafensprecherin der SPD-LT-Fraktion S-H, Mathias Stein, MdB aus Kiel und Tilo Gundlack, SPD-LT-Fraktion M-V



Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau



Thomas Rother

Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender des Finanzausschusses
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de